ARCHIVE
AT LOS ANGELES
JUN 1 1
LIBRARY

Erste Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 5. Mai	Nr. 577

Reichsfinanzschule Ilmenau eröffnet.

Ilmenau, 4. Mai. Als neue Dienststelle der Reichsfinanzverwaltung wurde am Montag die zweite Reichsfinanzschule bei Ilmenau durch Staatssekretär Reinhardt in Gegenwart zahlreicher Ehrengäste, Vertreter der Partei, der Reichsfinanzverwaltung, der Behörden und der ersten 400 Lehrgangsteilnehmer eröffnet. Die Aufgabe dieser Schule ist die Durchführung vierwöchiger Lehrgänge für Beamte des Kassen- und Vollstreckungsdienstes. Leiter der neuen Schule ist Regierungsrat Rogge aus Königsberg.

Staatssekretär **Reinhardt** hielt eine Rede über die Steuerpolitik des nationalsozialistischen Staates und gab zugleich Kenntnis von neuen Richtlinien über die Ausbildung des Nachwuchses in der Reichsfinanzverwaltung.

Jede Steuerzahlung, so führte der Staatssekretär aus, erfolge durch den einzelnen Volksgenossen nicht fremder Interessen wegen, sondern mittelbar um seiner selbst willen. Jeder Steuerpflichtige sei ein Glied der Volksgemeinschaft, die die Voraussetzung für sein persönliches Sein sei. Nur derjenige sei wahrer Volksgenosse, der in dieser Erkenntnis als selbstverständliche Pflicht empfinde, dem Staat zu geben, was ihm im Rahmen der Gesetze zukommt und was er brauche, um seine Aufgaben zum Wohle des Volksganzen zu erfüllen. Steuerzahlen heiße nicht Opfer bringen, sondern seine Pflicht tun. Vergehen gegen die Steuerpflicht seien Vergehen gegen die Volksgemeinschaft und gegen die Nation.

Er ging dann auf die Erfolge der nationalsozialistischen Finanzpolitik ein, und stellte fest, daß der Finanzbedarf der Arbeitslosenhilfe im Jahre 1935 um rund zwei Milliarden Mark kleiner gewesen sei als im Jahre 1932. Auf der anderen Seite sei das Steueraufkommen des Reiches trotz der Steuerbergünstigungen, Steuerbefreiungen und -senkungen um rund drei Milliarden Mark gegenüber 1932 gestiegen. Diese Entwicklung sei das Ergebnis des erfolgreichen Kampfes um die Verminderung der Arbeitslosigkeit. Das Steueraufkommen im März 1936 sei um 156,3 Millionen Mark größer gewesen als in der gleichen Zeit des Vorjahres und im gesamten Rechnungsjahr 1935, also in der Zeit vom 1. April 1935 bis zum 31. März 1936 um 1 445,2 Millionen Mark größer als im Rechnungsjahr 1934, ein Ergebnis, das alle Erwartungen übersteige.

Staatssekretär Reinhardt gab dann davon Kenntnis, daß die Liste der säumigen Steuerzahler erstmals im Sommer 1936 aufgelegt werde. Grundsätzlich sollten in diese Liste alle diejenigen Säumigen aufgenommen werden, die am 31. Januar 1936 mit den Steuerzahlungen oder Vorauszahlungen in Rückstand waren, die also vor dem 1. Januar 1936 fällig gewesen und nicht gestundet worden sind. Die Zahl der in der Liste der säumigen Steuerzahler aufgenommenen Steuerpflichtigen sei wesentlich kleiner, als bei der erstmals angefertigten Liste vorauszusehen war, ein Beweis dafür, daß die Steuermoral sich und Steuerpünktlichkeit sich in den vergangenen zwölf Monaten sehr erheblich gebessert habe.

Durch einen Erlaß an die Finanzämter werde angeordnet, daß den in der Liste genannten Steuerpflichtigen eine letztmalige Frist von vierzehn Tagen nach Zustellung ihrer vor dem 1. Januar 1936 fällig gewesenen Steuern gegeben werden soll. Diejenigen Steuerpflichtigen, die ihren Rückstand innerhalb dieser zwei Wochen beseitigen, sollen in die endgültige Liste nicht aufgenommen werden. Es könne demjenigen Volksgenossen, der mit Steuerzahlungen aus der Zeit vor dem 1. Januar 1936 noch im Rückstand sind, nicht dringend genug empfohlen werden, diesen Rückstand unverzüglich aus der Welt zu schaffen. Unter bestimmten Voraussetzungen solle im nächsten Winter die Aufhebung der Sperre für den Beruf des Steuerberaters in Aussicht genommen werden.

Nachdem der Staatssekretär die Lehrer der Ilmenauer Schule mit einem Mahnruf zur Pflichterfüllungen in ihr Amt eingeführt hatte, begründete er die Notwendigkeit der Umbenennung des Begriffs „Reichssteuerschule" in „Reichsfinanzschule", um damit davon Mitteilung zu machen, daß das Wort „Steuerobernumerar" abgeschafft worden sei. Es gebe nur noch „Finanzschüler" und „Finanzanwärter".

Die Dienstanfänger führen zunächst die Dienstbezeichnung „Finanzschüler". Sie haben einen fünfmonatigen Einführungslehrgang an der Reichsfinanzschule durchzumachen. Nach diesen fünf Monaten legen die Finanzschüler die Finanzanwärterprüfung ab, worauf der Finanzanwärter 12 Monate beim Finanzamt praktisch ausgebildet wird. Wer die Finanzanwärterprüfung nicht besteht, ist aus der Laufbahn des gehobenen mittleren Dienstes der Reichsfinanzverwaltung entlassen. Die Zeit nachher an die praktische Tätigkeit beim Finanzamt wird der Finanzanwärter zwei Monate beim Landesfinanzamt ausgebildet. In dieser viersechsmonatigen Ausbildung beim Finanzamt und Landesfinanzamt findet die Vervollkommnung in einem fünfmonatigen Finanzanwärterlehrgang an der Reichsfinanzschule statt. Zum Schluß des Finanzanwärterlehrgangs wird eine Prüfung vorgenommen. Wer sie besteht, erhält dadurch die Befähigung zur Bekleidung einer Planstelle als Steuerinspektor. Alle diese Maßnahmen zur grundlegenden Neugestaltung des Ausbildungswesens bei der Reichsfinanzverwaltung stellen, so hob der Redner hervor, den Anfang einer Entwicklung dar, das Beamtenkorps der Reichsfinanzverwaltung zum bestgeschulten im nationalsozialistischen Staat werden zu lassen.

Nach seinen Ausführungen sprach Erster Bürgermeister **Walther** Worte des Dankes für die Errichtung der Reichsfinanzschule in Ilmenau. Im Anschluß an die Eröffnungsfeier wurde Staatssekretär Reinhardt im Rathaussaale der Ehrenbürgerbrief seiner Heimatstadt in Anerkennung seiner Verdienste um die Neugestaltung des deutschen Vaterlandes überreicht.

Kommt der internationale Hotelgutschein?

Berlin, 4. Mai. Auf der Tagung der „Alliance internationale de l'Hôtellerie" wurde eine Entschließung angenommen, in der angesichts der Tatsachen, daß

1. der internationale Reiseverkehr durch Beschränkung der Devisenausfuhr von Tag zu Tag schwieriger wird,

2. daß verschiedene Länder mit hoher Valuta im Begriffe sind, durch Einführung von Ausreisegebühren die Konkurrenz der Länder mit niedriger Valuta auszuschalten, und

3. daß unter diesen Umständen der internationale Reiseverkehr Gefahr läuft, in Kürze noch stärker unterbunden zu werden,

die Ausgabe von internationalen Hotelgutscheinen beschlossen wurde. Diese Gutscheine sollen eine freizügigere Reisebewegung durch Schaffung eines Clearing-Systems auf dieser Basis ermöglichen, so daß keine Devisen außer Land gehen. Der Vollzugsausschuß beauftragte die verschiedenen Länderabordnungen, mit ihren Regierungen alsbald in Verhandlungen zu treten, um die Hilfe und unentbehrlichen Erleichterungen für eine reibungslose Abwicklung dieser Aktion zu erhalten.

Maria Müller singt in Warschau.

Warschau, 4. Mai. Ein Liederabend der Preußischen Kammersängerin Maria Müller in der Warschauer Deutschen Botschaft reihte sich mit seinem außerordentlichen Erfolge in die Kette der Abende ein, an denen in Polen beste deutsche Kunst zu Gehör gebracht wird.

Kultusminister Świętosławski, zahlreiche Mitglieder aus den Kreisen der internationalen Diplomatie und der polnischen Gesellschaft, sowie die führenden Männer des Warschauer Musiklebens waren auf Einladung des deutschen Botschafters von Moltke in den Räumen der Botschaft zusammengekommen. Die deutsche Sängerin, deren hervorragende Kunst stürmischen Beifall hervorrief, zeigte in einer Vortragsfolge, die Brahms und Wagner ebenso wie Richard Strauß und Pfitzner umfaßte, den Reichtum ihres, ungewöhnlichen Könnens. Am Flügel wurde Maria Müller von Dr. Hallasch (Staatsoper München) in meisterhafter Weise begleitet.

Pariser Blätter zur Lage nach den Wahlen.

Paris, 5. Mai. Die Pariser Blätter beschäftigen sich am Dienstag noch eingehend mit der durch das Ergebnis der Wahlen geschaffenen Lage.

Der **Matin** fragt sich, welche Haltung die Radikalsozialisten, die aus Zummobeit eine beispiellose Niederlage erlitten hätten, einnehmen würden. Die Sozialisten könnten kaum enttäuscht sein, wenn die Radikalsozialisten einem Kabinett unter sozialistischer Führung nur dieselbe Unterstützungspolitik ohne Eintritt in das Kabinett gewähren würden, wie sie die Sozialisten verschiedentlich radikalsozialistischen Kabinetten bewilligt hätten.

Das **Echo de Paris** behandelt die kommunistische Gruppe als den vorsichtigen, mäßigenden Teil der Volksfrontmehrheit. Es sei sehr wohl möglich, daß die Kommunisten einige Zeit lang mäßigend wirken würden. Moskau scheine für den Augenblick eine Schwächung Frankreichs zu fürchten, die einen europäischen Krieg entfesseln könnte, auf den die Sowjets sich nicht vorbereitet fühlten. Es sei aber fraglich, ob die Kommunisten ihre Anhänger bremsen könnten. Da das Land nun einmal für die Volksfront gestimmt habe, müsse es diese Erfahrung nun auch machen. Nur so könne man es dazu bringen, diesen Versuch bald zu bedauern.

Aehnlich schreibt **Le Jour:** „Ebenso wie die französischen Kommunisten im Wahlkampf nur von Fahnen, Ordnung und Freiheit sprachen, scheinen sie jetzt mäßigend wirken zu wollen. Die Moskauer Direktive erscheinen neben den Sozialisten, denen nach der Macht gelüstet und die ihre Rache an ihren Gegnern auslassen wollen, als die Schutzengel des Gleichgewichts des Landes."

Das **Journal** fragt sich, womit die Volksfrontliste die Staatskassen füllen wollten. Es gebe nur zwei Mittel, entweder das Geld aus seine Eigentümer zu berauben oder sie zur Flucht zu zwingen. Das erste Mittel sei vielleicht nicht sehr demokratisch. Das zweite aber lasse die Demokratie Hungers sterben. Wenn sich die künftige französische Volksfront-Regierung für den ersten Weg entscheide, verliefe sie sich. Wenn sie den zweiten einschlage, begehe sie Selbstmord. Wenn die Sieger der Kammerwahlen nicht wahnsinnig seien, dann könne man erwarten, daß sie eine geradezu liebenswürdige Artigkeit und Mäßigung an den Tag legen würden. Seien sie aber verrückt, dann würden sie es nicht für lange sein.

Die kommunistische **Humanité** fordert die rasche Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms, das die Volksfrontwähler nicht enttäusche. Die von der Volksfront-Mehrheit geforderte Säuberung des politischen Lebens müsse schnell durchgeführt werden.

Ausländische Stimmen zum französischen Wahlergebnis.

London, 5. Mai. Die englische Morgenpresse äußert sich mit sorgenvoller Ungewißheit über das Ergebnis der französischen Wahlen.

Die **Times** meint, es sei zu früh, die Zusammensetzung der nächsten französischen Regierung vorauszusagen. Das Wahlergebnis spiegele deutlich die verherrschende Unzufriedenheit mit den bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen wider; aber es bestehe keine allgemeine Einigkeit darüber, welche Aenderungen notwendig seien, um die Lebensbedingungen in Frankreich erträglicher zu machen. Das hauptsächliche Interesse der Welt sei, welche Wirkung die Wahlen auf die französische Außenpolitik haben würden und ob Frankreich nun leichter oder schwerer zu einer Verständigung mit Deutschland gelangen werde. Alle Linksparteien unterstützten eine Annäherung an Sowjetrußland, und merkwürdigerweise schienen sie die dort herrschende Diktatur nicht zu erkennen. Man müsse an der Hoffnung festhalten, daß das Ergebnis der Wahlen eine starke Regierung sein werde, die für den Frieden Europas und für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts arbeiten werde.

Der **Daily Telegraph** ist der Ansicht, das Problem für die neue französische Regierung werde darin bestehen, erträgliche Beziehungen mit Deutschland herzustellen, ohne die neue Freundschaft mit Sowjetrußland in Gefahr zu bringen.

Die **Morning Post** meint, daß durch den Besuch Herriots in Moskau und den Abschluß des französisch-sowjetrussischen Paktes eine Aenderung der Politik der Kommunisten eingetreten sei. Wenn die Kommunisten die französische Republik niederrissen, so würden sie damit einen Verbündeten vernichten.

Der liberale **News Chronicle** schreibt, die Engländer wünschten heute vor allem die Einstellung der kommenden Linksregierung in Frankreich zum Völkerbund und zum kollektiven Sicherheitssystem kennen zu lernen. Sollte das britische Volk endgültig zu der Ueberzeugung gelangen, daß Frankreich sein ehrliches Spiel treibe, so dürfe die Haltung Englands nicht nur gegenüber den Völkerbundssatzungen, sondern auch gegenüber Locarno und den sonstigen Bindungen eine gefährliche Krise durchmachen.

Das Blatt der englischen Sozialisten, der **Daily Herald,** beschäftigt sich in seinem Hauptartikel überhaupt nicht mit dem französischen Wahlergebnis.

Der **Daily Expreß** meint unter der Ueberschrift „Frankreich wird rot", einige Dinge in der Welt ändertem sich nicht: der Tag, die Nacht und die französische Politik.

Die **Daily Mail** überschreibt ihre kurze Betrachtung „Frankreich und die Roten" und meint, daß die Kommunisten trotz ihrer 80 Sitze tatsächlich eine Minderheit darstellten. Die wirkliche Gefahr für Frankreich bestehe in der Vielheit der Parteien, die die Bildung einer starken und stabilen Regierung, wie sie das Land nötig habe, sehr erschwere.

Rom, 4. Mai. Das Ergebnis der französischen Wahlen hat in hiesigen politischen Kreisen keine Überraschung hervorgerufen, sondern ist, wie von unterrichteter Seite erklärt wird, vorausgesehen und erwartet worden. Andererseits ist man in den gleichen Kreisen der Ansicht, daß sich trotz des starken Ruefs nach links an seiner möglichen Folgen nichts daran geändert hat, daß das französische Volk in seiner großen Mehrheit antifaschistisch eingestellt ist und Verständnis für die berechtigten Ansprüche Italiens hat.

Warschau, 5. Mai. Die polnische Presse steht in ihren ersten Besprechungen des französischen Wahlergebnisses vor allem die Schwierigkeiten hervor, die der Bildung einer festen Regierung entgegenstehen werden. Allgemein weist man darauf hin, daß die Kommunisten Frankreichs nun den kommunistischen Stimmen abhängen werde, auch wenn die Kommunisten aus taktischen Gründen nicht in die Regierung einträten.

In einem der nationalistischen Oppositionsblätter heißt es, nach den jetzigen Wahlen sei es nicht mehr möglich, daß die Radikalen bald mit der Rechten und bald mit der Linken regierten. Es sei vielmehr anzunehmen, daß allmählich innerhalb der Radikalen eine Spaltung in eine Linksgruppe und eine gemäßigte Gruppe erfolgen werde. In diesem Falle sei es sicher, daß die französische Außenpolitik vor grundlegenden und vielleicht sogar revolutionären Aenderungen stehe.

Das Organ des Linksflügels des polnischen Regierungslagers, **Kurjer Poranny,** ist überzeugt, daß man in Frankreich wohl weiter nach links gehen dabei doch alle Extreme vermeiden werde. In Frankreich schätze man Ordnung und Gleichgewicht hoch, wolle aber nicht auf bürgerliche Freiheit verzichten.

Die nationaldemokratische Presse schreibt, die Wahlen in Frankreich seien keineswegs maßgebend für die Ansichten der Wähler über schwebende politische Fragen. Den entscheidenden Einfluß auf das Wahlergebnis übten die lokalen Wahlkomitees aus, die mit Freimaurern besetzt seien. Die französischen Wahlen leiteten eine ernsthafte innerpolitische Krise in Frankreich ein. Auch die weitere Entwicklung der Außenpolitik stehe unter einem Fragezeichen. Es sei aber noch nicht als sicher anzusehen, daß die weitere Entwicklung in Frankreich in derselben Richtung gehen werde wie in Spanien oder Sowjetrußland.

Der konservative **Czas** meint, bis zu einer Diktatur des Proletariats in Frankreich sei es noch weit, aber auch das faschistische Regime sei fern vom Siege. Der starke kommunistische Wahlsieg und die zu erwartenden Schwierigkeiten der Regierungsbildung würden vielleicht in der französischen Oeffentlichkeit die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Verbesserung des parlamentarischen Systems hervorrufen.

Diskonterhöhung in Frankreich?

Paris, 4. Mai. In zuständigen Pariser Kreisen wird es als möglich betrachtet, daß die Bank von Frankreich eine Erhöhung des Diskontsatzes und eine Erhöhung des Zinssatzes für Vorschüsse auf Wertpapiere ins Augen fassen werde.

Der Regentschaftsrat der Bank von Frankreich war am Montag zu einem Meinungsaustausch zusammengetreten. Am Dienstag wird eine neue Sitzung stattfinden.

Vorkehrungen zum Schutz der Europäer in Addis Abeba.

Rom, 4. Mai. Die Nachrichten, wonach die französische Regierung an Italien wegen Beschleunigung des Vormarsches und der Besetzung von Addis Abeba herangetreten sei, werden in unterrichteten italienischen Kreisen mit dem Bemerken bestätigt, daß die französische Regierung Italien dauernd über die Vorgänge in Addis Abeba auf dem Laufenden halte. Die italienische Regierung ihrerseits habe auch bereits Maßnahmen getroffen, um den in der abessinischen Hauptstadt bedrohten Europäern so schnell wie möglich zu Hilfe zu kommen und ihre Dinge zu erledigen.

Wie weiter versichert wird, ist das erste Problem, vor das sich Italien nach Erreichung von Addis Abeba gestellt sieht, die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Man glaubt, daß schon das Erscheinen italienischer Flugzeuge am Montag über Addis Abeba beruhigend gewirkt habe, und nimmt an, daß die italienischen Truppen, die nach den letzten Nachrichten vom Montag abend noch etliche 30 bis 40 Kilometer von der abessinischen Hauptstadt entfernt sind, wohl am Mittwoch in Addis Abeba einziehen werden.

Dreiviertel-Mehrheit der Wafd-Partei in der Kammer.

Kairo, 5. Mai. Von den für die ägyptische Kammer zu wählenden 232 Abgeordneten stehen nach 17 aus, die in Nachwahlen am Donnerstag gewählt werden sollen. Wenn auch bisher noch keine genauen Angaben über die Zusammensetzung der neuen Kammer veröffentlicht worden sind, so ist doch mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß die Wafd-Partei die Dreiviertel-Mehrheit erhalten wird.

Die englisch-ägyptischen Verhandlungen.

Kairo, 5. Mai. Nach vierzehntägiger Pause haben die englisch-ägyptischen Verhandlungen am Dienstag wieder begonnen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.